



Politik in Europa wirkt nach innen und außen

*von Michael Gahler,
Mitglied des Europäischen Parlaments*

Mit großen Schritten nähern wir uns dem 25. Mai, dem Tag der Wahl zum Europäischen Parlament, dem ich seit April 1999 für die CDU Hessen anhöre. Die politische Zusammensetzung dieses Parlaments entscheidet mit darüber, wie wir die Zukunft innerhalb der Union und die Beziehungen nach außen gestalten. Seit 1999 sind die Christdemokraten größte Fraktion. Mit einer starken Vertretung durch CDU und CSU tragen wir entscheidend dazu bei, dass dies auch so bleibt.

Was haben wir z.B. für die kommunale Ebene erreicht?

Da verweise ich schlaglichtartig auf unseren Erfolg beim Thema: „Wasserkonzessionierungen“. Wir haben frühzeitig auf Stellungnahmen aus den Stadtparlamenten und im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden zu der „Wasserfrage“ reagiert. Am Ende wurde das Wasser gänzlich aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen. Die Streichung aus der Gesetzgebung ist uns auch für die Rettungsdienste gelungen. Bei den Feuerwehren waren wir sogar besser als unser Bundesverkehrsministerium: als es darum ging, die Euro 6-Abgasnorm für Nutzfahrzeuge verpflichtend zu machen, hatten wir schon alle Rettungsfahrzeuge von der Anwendung ausgenommen. Man hätte also weder nachrüsten noch bei Neuanschaffungen die schärfste Norm erwerben müssen, obwohl das – zugegebenermaßen – nicht ganz falsch gewesen wäre. Und dann überrascht das Verkehrsministerium und bezieht im deutschen Umsetzungsgesetz die Rettungsfahrzeuge wieder in den Anwendungsbereich ein und überlässt den Bundesländern die Regelung. Kein Wunder, wenn dann Feuerwehren glauben, dass wären „die in Brüssel“ gewesen.

Entscheidend sind aber die großen Herausforderungen, die wir Europäer gemeinsam anpacken müssen. Damit die Menschen in Afrika bei sich zu Hause Zukunft finden und nicht in Booten nach Europa flüchten, setze ich mich für diese Belange als Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zum Pan-Afrikanischen Parlament ein. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Pan-Afrikanischen Parlaments habe ich Anfang April in Brüssel einen parlamentarischen Vorgipfel geleitet, der Forderungen an die Staats- und Regierungschefs der EU und Afrikas gerichtet hat. Als Fraktionssprecher für Sicherheit und Verteidigung werbe ich zu Hause um Verständnis für europäische Einsätze in Krisenregionen. Aktuell ist es mir ein großes Anliegen, dass die Europäer weiterhin gemeinsam der Politik Putins gegenüber der Ukraine entgegentreten. Bisher wirkt er unfreiwillig als Einiger Europas in Sachen gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik.



Es war einmal...

... ein Großherzog. Der ließ für sich in Seeheim ein Schloss bauen und drum herum einen Park anlegen. Doch mit den Jahren verfiel alles. Darüber waren die Bürger sehr traurig und sie forderten die Kommunalpolitiker auf, etwas dagegen zu tun. Aber die Gemeinde hatte kein Geld.

Da geschah ein Wunder. Ein Unternehmer kaufte den völlig verwahrlosten Park mit dem heruntergekommenen Schloss. Er versprach der Bürgermeisterin, das Schloss und den Park wieder so herzustellen, dass es die Menschen im Ort mit Stolz erfüllen werde. Auch sollte jeder sich im Schlosspark aufhalten können. Nur eine Bedingung hatte der Unternehmer. Er wollte von der Gemeinde am Rande des Parks Baugrundstücke genehmigt bekommen. Da war die Bürgermeisterin froh und erzählte das sofort den Gemeindevertretern. Auch diese konnten ihr Glück kaum fassen: „Wir bekommen wieder unser Schloss und unseren Schlosspark, so wie früher zur Zeit des Großherzogs!“



Der Unternehmer war sehr großzügig. Die Gemeinde konnte sich einen Rechtsanwalt aussuchen. Die Kosten für die Rechtsberatung übernahm der Unternehmer. Und da man sich schon so gut verstand, kam man auf die Idee, dass der gleiche Anwalt auch die Interessen des Unternehmers vertreten könnte. Ach ja, und praktisch wäre es doch, wenn dieser Anwalt auch als Notar den Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Unternehmer aufsetzen und danach die Eigentumsverhältnisse regeln würde. „Das ist eine gute Idee“, war man überzeugt und so nahm alles seinen Lauf. Die Gemeindevertretung genehmigte dem Unternehmer die gewünschten Baugrundstücke und dieser begann mit der Wiederherstellung des Schlosses und des Schlossparks.

Dann, eines Tages, schauten die Menschen den Berg hinauf und konnten ihren Augen kaum trauen. Sie sahen ein wunderschön renoviertes Schloss. Auch konnte man wieder eine Parkanlage erkennen. Ein kleiner Pavillon war errichtet und Wege waren angelegt worden. Bei den älteren Menschen im Ort wurden Erinnerungen wach: „Das ist wie früher in unserer Jugend!“ So hätte das Märchen vom Seeheimer Schlosspark glücklich enden können und alle wären zufrieden bis an ihr Lebensende gewesen.



Aber leider kam alles ganz anders. Natürlich wurden viele Menschen neugierig und wollten sich das Schloss aus der Nähe aus ansehen. Doch da gab es eine böse Überraschung. Das Schloss war nicht leer. Es waren Menschen eingezogen und diese ließen nicht zu, dass man sich dem Schloss näherte. „Das ist unser Privateigentum! Verlassen Sie sofort unser Grundstück!“ So riefen die Schlossbewohner den Besuchern entgegen. Und sie stellten an der Zufahrt zum Schloss Schilder mit der Aufschrift „Privatweg, betreten verboten“ auf. Da schimpften die Gemeindevertreter: „Das ist eine Frechheit! In dem Vertrag, den wir mit dem Unternehmer vereinbart haben, steht, dass der Park uneingeschränkt für jedermann zugänglich ist. Und zum Park gehört auch das Schloss“. Besonders wütend wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion:

„Wir haben das Recht, zum Schloss hoch zu gehen! Der Bürgermeister muss unsere Interessen gegenüber den Schlossbewohnern durchsetzen! Die aufgestellten Verbotsschilder müssen sofort entfernt werden!“

Seit nunmehr acht Jahren beschäftigt sich die Gemeindevertretung mit der Frage, ob die Schlosseigentümer das Betreten ihres Grundstücks dulden müssen. Es wurden Rechtsgutachten eingeholt. Ergebnis: Die Öffentlichkeit hat Zugang zum gesamten Parkgelände, lediglich das Schlossareal und die Auffahrt zum Schloss sind davon ausgeschlossen. „Darüber ist auch die CDU nicht glücklich“, so der Fraktionsvorsitzende Hannjo Nawrath. „Auch wir hätten uns einen Rundweg gewünscht, der am Schloss vorbei führt. Doch das hätte im Vertrag konkret festgelegt und im Grundbuch eingetragen werden müssen.“ Die CDU-Fraktion hat nachgefragt, welche Kosten durch die jahrelangen Anträge, Anfragen, Prüfaufträge und Rechtsgutachten zum Thema „Schlosspark Seeheim“ entstanden sind. Die Verwaltung beziffert den Aufwand mit rund 200.000,- Euro. Für die CDU steht das in keinem Verhältnis mehr zu dem, was im Interesse der Öffentlichkeit erreicht werden soll. „Wir diskutieren bei den Haushaltsberatungen über jeden Euro, um die kommunalen Finanzen zu sanieren“, so Nawrath „und für das Lieblingsthema des SPD-Fraktionsvorsitzenden geben wir einen Haufen Geld aus, das an anderer Stelle dringend benötigt wird.“

Gewerbeansiedlung in Seeheim-Jugenheim

Bereits seit einigen Jahren fordert die örtliche SPD regelmäßig die weitere Ansiedlung von Gewerbe in unserer Gemeinde. Das ist ein guter Ansatz, der allerdings die Frage aufwirft, warum dieses Anliegen nicht zu Zeiten, als die SPD noch die Bürgermeister stellte, umgesetzt worden ist und wo wir überhaupt geeignete Flächen für zusätzliches Gewerbe haben? Diese Frage hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Wolfgang Weber, in seiner diesjährigen Haushaltsrede nun endlich beantwortet: Zwischen Seeheim und Malchen.

Das klingt gut, ist an der L3100 gelegen und damit gut erreichbar. Aber geht das denn überhaupt? Nein, denn das Gebiet „In den Rödern“, also das Gebiet westlich der L3100 zwischen Seeheim und dem Röderhof ist ein ausgewiesenes FFH-Schutzgebiet. Damit zählt es zum europäischen Netzwerk „Natura 2000“ und darf nicht bebaut werden. Das ist für jeden Bürger im Geoinformationssystem des Landkreises nachzusehen. Da hätte auch die SPD drauf kommen können.



Darüber hinaus stellt sich für die CDU die Frage, wie es sich verträgt, dass die SPD auf der einen Seite der Straße gerne eine Gewerbeansiedlung sehen und gerade gegenüber am Blütenhang nun ein „Kulturlandschaftliches Modellvorhaben“ realisiert haben möchte. Dieser Widerspruch setzt sich auf den Hügeln fort, denn Windkraftanlagen auf dem Langenberg ist ein weiterer Wunsch der SPD. So stelle man sich einfach vor: Zwischen Gewerbegebiet und Windrädern läge ein kleiner Abschnitt, in dem wertvolle Kulturlandschaften wachsen und gedeihen können.

Die CDU sieht auf Basis des Flächennutzungsplans für die großflächige Neuansiedlung von Gewerbe derzeit keine geeigneten Flächen. Unser Fokus liegt daher darauf, die bestehenden Potenziale innerhalb der Ortschaften sinnvoll weiter zu entwickeln und ganz besonders das bestehende Gewerbe in unserer Gemeinde zu unterstützen. Und dazu zählt auch ein Leitsystem für Bürger und Besucher der Gemeinde, welches die Gewerbevereine als wichtige Maßnahme zur Stärkung des lokalen Gewerbes ansehen.



**Briefwahl im Rathaus/Bürgerbüro
beantragen!**

Kinderbetreuung: CDU lehnt Staffelgebühren ab

„Besser die Gebühren insgesamt moderat erhöhen“

Die CDU-Fraktion lehnt eine soziale Staffelung der Gebühren für die Kinderbetreuung ab. „Das von der AG Staffelgebühren vorgelegte Gebührenmodell ist zu kompliziert und hat zurecht den massiven Protest der Eltern hervorgerufen, daher ist das für uns keine Option“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Hannjo Nawrath. Stattdessen will die CDU-Fraktion darauf hinwirken, dass die Gebühren moderat erhöht werden. „Legt man die ca. 150,- € pro Monat für die Kita-Betreuung von 8 bis 17 Uhr zugrunde, wäre eine Erhöhung von 25,- bis 30,- € vertretbar. Das halten wir für eine machbare Erhöhung. Das wäre ungefähr auch das, was andere Gemeinden im Umkreis (z.B. Bickenbach, Pfungstadt, Griesheim oder Roßdorf) für die Kinderbetreuung verlangen.“

CDU will ab 2015 ausgeglichenen Haushalt erreichen

Spielräume für dringend benötigte Investitionen erarbeiten

Durch die Finanzkrise hat sich ab 2009 die Lage der kommunalen Haushalte stark verschlechtert. „Wir müssen hier entgegensteuern, sonst werden wir auf kurz oder lang keine Straßen sanieren können, kein Schwimmbad betreiben oder gar die Sport- und Kulturhalle neu bauen können. Dann würden wir unseren Bürgern nicht mehr das bieten können, was sie bislang gewohnt waren und gerne genutzt haben. Seeheim-Jugenheim wäre nicht mehr so lebenswert, wie wir es heute kennen“, sagt der Fraktionsvorsitzende Hannjo Nawrath.

Konsolidierung der Finanzen

Die CDU und Bürgermeister Olaf Kühn haben seit 2005 konsequent an der Konsolidierung der Finanzen Seeheim-Jugenheims gearbeitet. „Zwar hat die Gemeinde die Personalkosten gut im Griff, und das trotz der deutlichen, aber berechtigten Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst in den letzten Jahren. Das ist das Ergebnis einer klugen Personalpolitik und der Umstrukturierungen im Rathaus. Aber nicht nur die Personalkosten und die Ausgaben müssen wir dabei im Auge behalten, sondern auch die Einnahmen aus Gebühren und Steuern. Das sind oft unbequeme Entscheidungen, an denen langfristig kein Weg vorbei führt.“ Aus diesem Grund haben Bürgermeister Kühn und der Gemeindevorstand im Jahr 2013 zu einen „Runden Tisch zur Haushaltskonsolidierung“ eingeladen.

Runder Tisch der Finanzen aus Sicht der CDU ohne Ergebnisse

Doch die Ergebnisse seien ernüchternd: „Bislang haben wir beim „Runden Tisch“ um den heißen Brei herumgeredet. Einige Teilnehmer scheinen die Finanzsituation zu ignorieren, das ist erschreckend. Anderen Teilnehmern ist die Lage der Gemeinde sehr wohl bewusst, sie halten sich aber noch bedeckt“, so schildert Nawrath seine Eindrücke von den parteiübergreifenden Gesprächen. „Auf jeden Fall ist die Situation so, dass parteipolitisches Taktieren uns nicht weiter bringt und der Gemeinde Schaden zufügt. Daher sieht sich die CDU Seeheim-Jugenheim in der Pflicht, aktiv an der Haushaltskonsolidierung mitzuwirken. Der berechtigte Verweis auf eine strukturelle kommunale Unterfinanzierung der Kommune darf nicht dazu führen, dass vor allem unpopuläre Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung verschoben bzw. nicht getroffen werden“.

Die SPD drückt sich vor unbequemen Antworten – zu Lasten unserer Infrastruktur

„Leider hat nicht jeder die Zeichen verstanden. Immer dann, wenn es um konkrete Konsolidierungsmaßnahmen geht, stimmt gerade die SPD dagegen. Nicht nur bei unbequemen Entscheidungen über Steuern und Gebühren. Zu allem Überfluss sollen der Gemeinde Aufgaben übertragen werden, die rein gar nichts mit den eigentlichen Aufgaben einer Gemeinde zu tun haben: z.B. die Errichtung eines Europa-Wanderweg auf dem für jedes EU-Land eine Bank in den Landesfarben aufgestellt wird oder der Breitband-Ausbau mit Eigenmitteln statt durch die Telekom“, schildert Nawrath die Situation. „Mit Voodoo-Finanzpolitik à la SPD werden wir die Handlungsfähigkeit der Gemeinde nicht zurück erlangen, geschweige denn einen ausgeglichenen Haushalt.“

Im Moment ist ab 2015 eine Schwarze Null in den Finanzen prognostiziert, aber das finanzielle Füllhorn wird es mit uns nicht geben, weil wir diesen Spielraum für Investitionen brauchen werden. Denn gute CDU-Politik bedeutet auch immer einen ausgeglichenen Haushalt“, so Nawrath abschließend.

Vorstand: Sven Holzhauer, Vorsitzender
cdu@sven-holzhauer.de

Ansprechpartner: Herbert Raff
Tel. 06257-2807

Fraktion: Hannjo Nawrath
Fraktionsvorsitzender
Tel. 06257-9699013

E-Mail: hannjonawrath@gmx.de

Impressum

Herausgeber: CDU Seeheim-Jugenheim
Redaktion: Klaus und Gerharda Bathe,
Hannjo Nawrath
Druck: Frotscher-Druck, Darmstadt

CDU-Termine 2014

- Fr. 09.05. 18:00 Uhr CDU-Stammtisch mit dem Europaabgeordneten Michael Gahler**
im „Darmstädter Hof“ Seeheim
- Sa. 17. 05. Infostände** Jugenheim vor REWE und Seeheim, Ecke Sparkasse, 09:00 - 12:00 Uhr
- Sa. 24. 05. Infostände** Jugenheim vor REWE und Seeheim, Ecke Sparkasse, 09:00 - 12:00 Uhr
- So. 25.05. Europawahl**
08:00 - 18:00 Uhr
- Fr. 06.06. 20:00 Uhr CDU-Stammtisch**
im „Darmstädter Hof“ Seeheim